

Beschluss des Juso-Landesausschusses vom 05. Oktober 2008 in Stuttgart

Gute Ausbildung

Ausgangslage

Wirtschaft, Bundes- und Landesregierung sind derzeit darum bemüht, die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt so positiv wie möglich darzustellen. Vor einer enthusiastischen Bewertung der Lage muss aber gewarnt werden. Ein durchbrechender Erfolg des Ausbildungspakts zwischen Bundesregierung und Wirtschaft ist bei kritischem Blick auf die Zahlen nicht zu erkennen. Nach wie vor ist es nicht jeder BewerberIn möglich, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Viele verschwinden in Maßnahmen wie Einstiegsqualifizierungen und Berufsvorbereitungsjahren und somit auch aus der Statistik. Allein das Einstiegsqualifizierungsjahr verringerte die Zahl der unversorgten BewerberInnen um 24.000, ohne dass diese tatsächlich einen Ausbildungsplatz erhielten. Dabei stellen die genannten Maßnahmen keineswegs sicher, dass Jugendliche anschließend in eine betriebliche Ausbildung wechseln können. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen ist immer noch zu gering. Nur ein Viertel der Betriebe überhaupt bilden aus. Im April dieses Jahres standen 486.000 jungen Menschen, die sich bei den Arbeitsagenturen gemeldet haben 360.000 von der Wirtschaft gemeldete betriebliche Lehrstellen gegenüber. Somit ergibt sich eine Lücke von 126.000 fehlenden Ausbildungsplätzen.

Die Zahl der AltbewerberInnen, also derjenigen, die sich zum wiederholten Mal um eine Lehrstelle bewerben, macht mittlerweile die Hälfte aller BewerberInnen aus. Um Jugendliche ohne Abschluss, mit Haupt- oder schlechtem Realschulabschluss in eine betriebliche Ausbildung vermitteln zu können, möchte die Bundesregierung mit dem Bonus für Ausbildung einen monetären Anreiz zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze bieten.

Besonders verheerend ist die Situation für BewerberInnen mit Migrationshintergrund. Ihre Chancen sind auch bei gleicher Qualifikation schlechter als die deutscher BewerberInnen. Studien zufolge profitieren sie von höheren Schulabschlüssen nur unmerklich.

Bestrebungen zur Modulisierung der Ausbildung, insbesondere vor dem Hintergrund einer Europäisierung der beruflichen Bildung, gefährden deren Ganzheitlichkeit und Orientierung an einem festen Berufsbild.

Dennoch muss sich der deutsche Ausbildungsmarkt bereits heute mit den zukünftig deutlich rückläufigen SchülerInnenzahlen auseinandersetzen. Es gibt ein gravierendes, geografisches und berufsspezifisches Ungleichgewicht zwischen einem Über- und Unterangebot an Ausbildungsplätzen.

Damit Auszubildende erfolgreich und ganzheitlich ausgebildet werden können, ist es unabdingbar, dass in ihrer Ausbildung der Ausbildungsplan des jeweiligen Berufes eingehalten wird, die Auszubildenden von ihren BetreuerInnen gut betreut werden und sich im Betrieb auch mit ausbildungsrelevanten Tätigkeiten beschäftigen. In der Praxis ist dies nicht immer ausreichend gegeben. Bei weniger als einem Drittel der Auszubildenden wird laut DGB-Ausbildungsreport 2007 der Ausbildungsplan immer eingehalten und nur etwa ein Viertel der Azubis gibt an, sich nie mit ausbildungsfernen Inhalten beschäftigen zu müssen. Auch die fachliche Anleitung durch geeignete BetreuerInnen ist nur bei knapp 38 Prozent der Auszubildenden immer gewährleistet.

Auch was den Arbeitsschutz Jugendlicher betrifft, ist Handlungsbedarf vorhanden. Jugendliche sind durch das Jugendarbeitsschutzgesetz vor Arbeitszeiten von mehr als acht Stunden pro Werktag und mehr als 40 Stunden pro Woche geschützt. Ausserdem müssen Berufsschulzeiten für Jugendliche unter 18 auf die Ausbildungszeit im Betrieb angerechnet werden. Allerdings weist der Ausbildungsreport des DGB Verstöße gegen diese Bestimmungen in nicht unerheblichem Maße aus. Außerdem sehen Teile der Politik, beispielsweise die baden-württembergische CDU/FDP-Landesregierung, den besonderen gesetzlichen Schutz Jugendlicher als Ausbildungshindernis und treten für eine Deregulierung ein.

Es fällt auf, dass Defizite bei Betreuung, Einhalten des Ausbildungsplans und Ausübung ausbildungsrelevanter Tätigkeiten hauptsächlich bei Klein- und Kleinstbetrieben auftreten.

In den Berufsschulen machen teilweise veraltete Ausstattungen einen Unterricht auf der Höhe der Anforderungen in der Praxis unmöglich. Ein weiteres Problem ist der LehrerInnenmangel, unter dem insbesondere der Englischunterricht oft zu leiden hat.

Unsere Forderungen

Wer nicht ausbildet, soll zahlen

Wir halten an der Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage fest. Es ist nicht zu akzeptieren, dass alle Betriebe von gut ausgebildeten Nachwuchskräften profitieren, sich aber nur die wenigsten in deren Ausbildung engagieren. Wir fordern daher eine Ausbildungsplatzumlage, die von Betrieben entrichtet werden muss, die ihrer sozialen Verpflichtung zur Ausbildung junger Menschen nicht oder nur unzureichend nachkommen. Die Umlage soll von Betrieben ab einer Größe von zehn Beschäftigten bezahlt werden, die eine Quote von sieben Prozent Auszubildenden an der Belegschaft nicht einhalten. Das Geld soll Betrieben mit überdurchschnittlichen Ausbildungsquoten zugute kommen. Im von der Bundesregierung eingeführten Bonus für Ausbildung sehen wir ein geeignetes Mittel, die Welle der AltbewerberInnen abzubauen. Die Maßnahme stellt den Einstieg in ein System finanzieller Belohnung vorbildlicher Betriebe dar. Um Mitnahmeeffekte zu begrenzen, soll dieser Bonus aller-

dings auf die Förderung von AltbewerberInnen begrenzt werden, die keinen oder nur einen schlechten Hauptschulabschluss haben. Bei der Finanzierung sehen wir aber die Länder und nicht den Bund gefordert. Schließlich sind Defizite ihrer verfehlten Bildungspolitik ursächlich für das Problem.

Bessere Berufsvorbereitung

Mangelnde Ausbildungsreife ist oft auch der Unkenntnis über Anforderungen der Berufswelt und über eigene Fähigkeiten und Neigungen geschuldet. Der Berufsvorbereitung muss daher bereits ab der 5. Klasse ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Da die Zusammenarbeit mit Betrieben auf lokaler Ebene unterschiedlich gestaltet werden kann, soll die nähere Ausgestaltung den einzelnen Schulen überlassen und ihnen vom Land lediglich die Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Zahl derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen, muss deutlich, möglichst auf null verringert werden. Dazu ist eine bessere Betreuung durch mehr LehrerInnen, SozialpädagogInnen und SchulpsychologInnen notwendig. Die Landesregierung sehen wir gefordert, wieder in die Finanzierung von SchulsozialarbeiterInnen einzusteigen. Jugendliche, die trotzdem die Schule ohne oder nur mit schlechtem Schulabschluss verlassen, müssen in intensiven Förderprojekten betreut werden, die ihre Qualifikation und Ausbildungsreife tatsächlich verbessern. LehrerInnen, die diese Schüler unterrichten, müssen entsprechend ausgebildet sein. Daneben muss sozialpädagogische und psychologische Betreuung vorhanden sein.

Die Förderung muss auf die Vermittlung in eine betriebliche Ausbildung ausgerichtet sein. Theoretischer Unterricht und praktische Tätigkeiten in der Zusammenarbeit mit Betrieben müssen sich daher ergänzen. Die Kosten für diese Projekte haben die Länder zu tragen. Sie müssen entscheiden, ob sie durch eine konsequente Reform des Schulwesens vorsorgen oder später eine teure Nachqualifizierung bezahlen möchten.

Der Anspruch, eine Hauptschulabschlussprüfung ablegen zu dürfen, soll auch bei wiederholtem Nichtbestehen erhalten bleiben.

Fit in der Praxis: Die duale Ausbildung stärken

Das Prinzip der dualen Ausbildung mit seiner Praxisnähe hat sich bewährt. Wir erteilen Bestrebungen zu einer stärkeren Verschulung oder Modularisierung der beruflichen Ausbildung eine Absage. Eine Berufsausbildung muss ganzheitlich sein und den Auszubildenden in die Lage versetzen, auf dem Arbeitsmarkt mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten selbstbewusst auftreten und den Arbeitgeber flexibel wechseln zu können. Die Organisation der Ausbildung durch aufeinanderfolgende, vom Ausbildungsbetrieb zu bestimmende Module ist damit nicht zu vereinbaren. Der Anteil an speziell auf den einzelnen Ausbildungsbetrieb zugeschnittenen Ausbildungsinhalten ist streng zu begrenzen. Darüber hinaus ist durch eine stärkere Kontrolle und durch verschärfte Sanktionsmöglichkeiten seitens der Kammern dafür Sorge zu tragen, dass Auszubildende auch tatsächlich nur mit ausbildungsrelevanten Tätigkeiten beschäftigt und dabei fachlich gut betreut werden.

Um auch Kleinbetrieben die Ausbildung zu ermöglichen und die Qualität der Ausbildung in Kleinbetrieben zu sichern, sprechen wir uns für einen Ausbau und die Förderung der Verbundausbildung aus. Die Kooperation von Betrieben, die nur bestimmte, sich einander ergänzende Ausbildungsinhalte anbieten können, gilt es zu fördern. Ganzheitlichkeit setzt Praxis ebenso wie Theorie voraus. Das Problem mangelnder Ausbildungsplätze durch mehr schulische Angebote lösen zu wollen, lehnen wir ab.

Der beschriebenen Rolle der beruflichen Ausbildung läuft es zuwider, Auszubildende in eineinhalb- oder zweijährigen Ausbildungsgängen zu stark auf bestimmte anspruchslose Tätigkeiten auszubilden. Eine Ausbildung muss den/die Auszubildende/n umfassend für einen erfolgreichen Einsatz in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft qualifizieren. Damit dieses deutsche Erfolgsmodell auch weiterhin ein Erfolgsmodell bleibt, setzen wir auf die dreijährige Ausbildung. Um jedoch Ausbildungshindernisse für schlecht qualifizierte BewerberInnen abzubauen, fordern wir, dass die Möglichkeit bestehen bleibt, eine Ausbildung vorzeitig mit einem eingeschränkteren Abschluss zu beenden, wenn dies vom Auszubildenden so gewünscht wird. Die Möglichkeit zur späteren Nachqualifizierung muss gewährleistet sein. Oberstes Ziel muss aber sein, dass die vollwertige Ausbildung von jedem/jeder Auszubildenden zu Ende gebracht wird. Dabei setzen wir auf sozialpädagogische Betreuung und fordern die Wiederaufnahme erfolgreicher Projekte wie PIA, deren Finanzierung beim Land liegen soll.

Fit in der Theorie: die Berufsschulen stärken

Berufsschulen sollen mehr Autonomie bekommen. Dazu gehört neben dem Recht, LehrerInnen selbst auswählen zu dürfen, auch die Budgethoheit. Zu den größten Problemen des Berufsschulunterrichts gehört der Unterrichtsausfall, der teils der mangelnden Bereitstellung von LehrerInnenstellen, teils dem Mangel an kompetenten Lehrkräften geschuldet ist. Die Kreise als Schulträger und das Land haben die Berufsschulen finanziell so auszustatten, dass eine Versorgung mit gut qualifizierten Lehrkräften und Lehrmitteln, die Unterricht auf der Höhe moderner betrieblicher Praxis ermöglichen, gewährleistet werden kann.

Um Engpässen an Lehrkräften begegnen zu können, soll die Möglichkeit bestehen, in Mangelfächern auch mit Quereinsteigern aus der Praxis flexible und attraktive Verträge abschließen zu können.

Fit für Europa

Ein zusammenwachsendes Europa mit einem gemeinsamen Arbeitsmarkt macht die Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen innerhalb der EU unabdingbar. Dies darf aber nicht zu Lasten des Spezifikums der dualen Ausbildung in Deutschland gehen. Im Gegenteil muss sich die hohe Qualität der dualen Ausbildung in der Bewertung der Kompetenzen der in Deutschland ausgebildeten FacharbeiterInnen niederschlagen. Bei der Verschränkung des Nationalen mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen muss eine möglichst hohe Bewertung deutscher Berufsabschlüsse erzielt werden.

Fremdsprachenkenntnisse sind für ein Auftreten auf dem europäischen Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung. Jede/r Auszubildende muss daher in der Berufs-

schule zumindest Unterricht im Fach Englisch erhalten. Dabei ist vor allem der Aufbau eines fachspezifischen Wortschatzes im Lehrplan vorzusehen.

Arbeitsschutz konsequent gewährleisten

Jugendliche, die eine Ausbildung absolvieren, bedürfen eines besonderen arbeitsrechtlichen Schutzes. Wir erteilen Bestrebungen, etwa der baden-württembergischen Landesregierung zur Aufweichung bestehender Schutzmaßnahmen, eine entschiedene Absage. Dagegen fordern wir die konsequente Einhaltung der bestehenden Regelungen auch in der Praxis durchzusetzen.

Diskriminierung von MigrantInnen verhindern

Der trotz gesetzlicher Regelungen offensichtlich stattfindenden Diskriminierung von MigrantInnen durch Betriebe kann nur schwer begegnet werden. Nötig ist ein gesamtgesellschaftlicher Umdenkprozess, der durch ein allumfassendes Integrationskonzept erreicht werden muss. Für den speziellen Fall der beruflichen Bildung ist von den Kammern Aufklärungsarbeit gegen bestehende Vorurteile in vielen Betrieben zu leisten. Daneben hat die öffentliche Hand bei der Einstellung ihrer Azubis mit gutem Beispiel voranzugehen. Außerdem muss versucht werden, Betriebe von MigrantInnen verstärkt für die Ausbildung junger Menschen zu werben.

